

Osnabrück, den 22.01.2016

Landkreis Osnabrück
Fachdienst Umwelt
Der Landrat
i. A. Olschewski

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2016

15

**Vorprüfung
der Umweltverträglichkeit
(Antragsteller: Niedersächsische Landesbehörde für
Straßenbau und Verkehr - Geschäftsbereich Osnabrück)**

Bei folgendem Bauvorhaben wurde im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens (§ 38 Niedersächsisches Straßengesetz i.V.m. §§ 72 ff. Verwaltungsverfahrensgesetz) die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 5 Abs. 1 nach dem Niedersächsischen Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG) in der Fassung vom 30. April 2007 (Nds. GVBl. S. 122) geprüft:

Aktenzeichen: 66.10.21.701.01
Antragsteller: Niedersächsische Landesbehörde für
Straßenbau und Verkehr
- Geschäftsbereich Osnabrück
Baugrundstück: Stadt Melle, Landesstraße L 701
Gemarkung: Gerden und Neuenkirchen

**Neubau eines Radweges an der L 701 von Gerden nach
Neuenkirchen, Stadt Melle, von Station 0.000 bis Station
5.410**

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben nicht erforderlich.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 3 a Satz 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Osnabrück, den 04. Februar 2016

Landkreis Osnabrück
Fachdienst Straßen
Der Landrat
i. A. Bergmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2016

16

**Ordnungsbehördliche Verordnung
zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes
für den Einzugsbereich der Wassergewinnungsanlagen
Hedem des Wasserbeschaffungsverbandes
Kreis Herford-West und Harlinghausen
der Stadt Preußisch-Oldendorf**

**- Wasserschutzgebietsverordnung Pr. Oldendorf -
Hedem - Harlinghausen vom 17.12.2015 -**

Inhalt:

- § 1 Anlass / Geltungsbereich
- § 2 Begriffsbestimmungen
- § 3 Schutz in den Zonen III, II und I
- § 4 Militärische Übungen und Liegenschaften
- § 5 Duldungspflichten
- § 6 Düngung in Wasserschutzgebieten
- § 7 Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (PSM)
- § 8 Genehmigungen
- § 9 Befreiungen
- § 10 Vorrang der Kooperation
- § 11 Ordnungswidrigkeiten
- § 12 Zuständigkeit
- § 13 Andere Rechtsvorschriften
- § 14 Entschädigungs- und Ausgleichszahlung
- § 15 Inkrafttreten, Geltungsdauer

Aufgrund

- der §§ 51 Absatz 1 Satz 1, 52 Absatz 1 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG)¹
- des § 14 Abs. 1 Satz 1 des Landeswassergesetzes (LWG)²
- der §§ 91, 92, 93, 127 Abs. 2, 129 Abs. 1, 133 Abs. 2 und 3 NWG³
- der Verordnung über Schutzbestimmungen in Wasserschutzgebieten⁴
- des Verwaltungsabkommens über die Bestimmung der zuständigen Behörde für die Durchführung eines wasserrechtlichen Verfahrens zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes "Preußisch-Oldendorf-Hedem-Harlinghausen" vom 23. Januar 2002/ 14. April 20025

jeweils in der zurzeit geltenden Fassung verordnet die Bezirksregierung Detmold als obere Wasserbehörde im Einvernehmen mit dem Landkreis Osnabrück:

§ 1

Anlass / Geltungsbereich

- (1) Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsbereich der Wassergewinnungsanlagen Hedem des Wasserbeschaffungsverbandes Kreis Herford-West und Harlinghausen der Stadt Preußisch-Oldendorf und ihrer Rechtsnachfolger (Begünstigte im Sinne von § 51 Abs. 1 Satz 2 WHG) das nachfolgend näher beschriebene Wasserschutzgebiet festgesetzt.
- (2) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in die Fassungsgebiete (Zone I), die engeren Schutzzonen (Zone II) und die weitere Schutzzone (Zone III), diese unterteilt in die Zone III A und die Zone III B.
- (3) Das Wasserschutzgebiet erstreckt sich auf folgende Gemarkungen und Flure:

Stadt Preußisch Oldendorf

Gemarkung Schröttinghausen, Flure 6 (teilw.) und 7 (teilw.)
Gemarkung Getmold, Flure 5 (teilw.) und 6 (teilw.)
Gemarkung Lashorst, Flure 5 (teilw.) und 6 (teilw.)
Gemarkung Hedem, Flure 4 (teilw.), 5 (teilw.) und 6
Gemarkung Harlinghausen, Flure 1, 2, 3, 5, 6, 7 und 8
Gemarkung Engershausen, Flure 1 bis 10
Gemarkung Offelten, Flure 1 bis 9

Gemarkung Preußisch Oldendorf, Flure 1, 2, 3, 4 (teilw.), 5 (teilw.) und 8
Gemarkung Börninghausen, Flure 1 (teilw.), 2 (teilw.), 4 (teilw.), 7 (teilw.) und 10 (teilw.)
Gemarkung Holzhausen, Flure 1 bis 21

Stadt Lübbecke

Gemarkung Blasheim, Flure 1, 2 (teilw.), 8 (teilw.), 9 (teilw.), 15 (teilw.), 16, 17 (teilw.), 23, 29 (teilw.), 30 und 31 (teilw.)

Gemeinde Hüllhorst

Gemarkung Oberbauerschaft, Flure 28 (teilw.) und 31 (teilw.)

Gemeinde Rödinghausen

Gemarkung Bieren, Flure 1 (teilw.) und 2 (teilw.)
Gemarkung Schweningdorf, Flur 3 (teilw.)

Gemeinde Bad Essen

Gemarkung Dahlinghausen, Flure 5, 23, 24 (alle teilw.)

- (4) Über die Grenzen des Wasserschutzgebiets und seine Schutzzonen gibt die Übersichtskarte im Maßstab 1: 50.000 einen Überblick (Anlage B). Im Einzelnen ergeben sich die genaue Abgrenzung des Wasserschutzgebietes und seiner Schutzzonen aus der Schutzgebietskarte im Maßstab 1 : 10.000 (Anlage C). In den Karten sind die Zone III B hellbraun, die Zone III A gelb, die Zone II grün und Zone I rot angelegt.

Aus der dieser Verordnung beigefügten Anlage A ergeben sich die Genehmigungs- und Anzeigepflichten sowie die Verbote für die einzelnen Schutzzonen.

Die Anlage A sowie die Übersichts- und die Schutzgebietskarten (Anlagen B und C) sind Bestandteile dieser Verordnung.

Die Verordnung mit ihren Anlagen können vom Tag des Inkrafttretens an von Jeder/ Je-dem während der Dienststunden bei folgenden Behörden eingesehen werden:

1. Bezirksregierung in Detmold, Leopoldstr. 15, 32756 Detmold,
- obere Wasserbehörde -
2. Kreis Minden-Lübbecke, Portastraße 13, 32423 Minden
- untere Wasserbehörde -
3. Stadt Preußisch Oldendorf, Rathausstraße 3, 32361 Preußisch Oldendorf
4. Stadt Lübbecke, Kreishausstraße 2-4, 32312 Lübbecke
5. Gemeinde Hüllhorst, Löhner Straße 1, 32609 Hüllhorst
6. Gemeinde Rödinghausen, Heerstraße 2, 32289 Rödinghausen
7. Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück
- untere Wasserbehörde -
8. Gemeinde Bad Essen, Lindenstraße 41/43, 49152 Bad Essen

§ 2 Begriffsbestimmungen

1. **Abwasser** ist gemäß § 54 Abs. 1 Satz 1 WHG das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser (Schmutzwasser) sowie das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließende und gesammelte Wasser (Niederschlagswasser).
2. **Abwasseranlagen** sind Einrichtungen zur Abwasser-sammlung, Abwasserableitung, Abwasserbehandlung oder Abwasserbeseitigung. Abwasserhebeanlagen von Wohn- und Geschäftsgebäuden fallen nicht unter die Abwasseranlagen.
3. **Abwasserbehandlungsanlagen** im Sinne dieser Verordnung sind Einrichtungen, die dazu dienen, die Schadwirkung des Abwassers zu vermindern oder zu beseitigen oder den anfallenden Klärschlamm für eine ordnungsgemäße Beseitigung aufzubereiten. Kleinkläranlagen mit mehreren Kammern zur Behandlung häuslichen Abwassers mit einem Schmutzwasserzufluss von weniger als 8 cbm je Tag gehören ebenfalls zu den Abwasserbehandlungsanlagen. Abwassersammelgruben ohne Abfluss sind keine Abwasserbehandlungsanlagen im Sinne dieser Verordnung.
4. **Abwasservorbehandlungsanlagen** im Sinne dieser Verordnung sind Anlagen, die Abwasser gewerblicher oder industrieller Betriebe so behandeln, dass eine Einleitung in die öffentliche Kanalisation auf Grundlage der geltenden wasserrechtlichen Regelungen zulässig ist.
5. **Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen** sind Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe (**LAU**-Anlagen) sowie Anlagen zum Herstellen, Behandeln und Verwenden von wassergefährdenden Stoffen (**HBV**-Anlagen) und Rohrleitungsanlagen zum Transport wassergefährdender Stoffe auf dem Werksgelände.
6. **Bodenmaterial zur Verwertung** ist gemäß § 2 Nr. 1 des Bundesbodenschutzgesetzes⁶ (BBodSchG) Material aus Böden und deren Ausgangssubstraten einschließlich Mutterboden, das im Zusammenhang mit Baumaßnahmen oder anderen Veränderungen der Erdoberfläche ausgehoben, abgeschoben oder behandelt wird. Es gilt auch als Bodenmaterial wenn mineralische Fremdbestandteile (z. B. Bauschutt, Schlacke, Ziegelbruch) bis zu 10 Vol.-% enthalten sind. Zur Verwertung ist das Material geeignet, wenn es aufgrund seiner Stoffeigenschaften den gesetzlichen und ministeriellen Anforderungen für eine Verwertung entspricht.
7. **Dauergrünland** sind Flächen, die durch Einsaat oder auf natürliche Weise (Selbstaussaat) zum Anbau von Gras oder anderen Grünfütterpflanzen genutzt werden und mindestens fünf Jahre lang nicht Bestandteil der Fruchtfolge des Betriebes sind (5-Jahres-Regelung). Hierzu zählt zum Beispiel auch der ununterbrochene Anbau von Klee gras. Stilllegungsflächen oder vergleichbare Flächen und im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen (AUM), des Vertragsnaturschutzes oder Vertragsgewässerschutz eingebraachte Ackerflächen fallen nicht unter diese Regelung.

8. **Errichten, Erweitern, wesentliche Änderung, Stilllegen**
Errichten ist das erstmalige Erstellen oder Anlegen von Anlagen, Gebäuden oder sonstigen Einrichtungen (z. B. Fischteichen, Badestrände) nach Inkrafttreten dieser Verordnung.
Erweitern ist jede flächen- oder volumenmäßige Vergrößerung einer Anlage oder eines Gebäudes sowie jede Kapazitätserweiterung eines Lagers/ einer Produktion, die nach Inkrafttreten dieser Verordnung über den bereits genehmigten Umfang hinausgeht. Die Erweiterung beinhaltet immer auch eine wesentliche Änderung.
Eine wesentliche Änderung im Sinne dieser Verordnung liegt dann vor, wenn sich aus der Umgestaltung einer bestehenden Anlage oder eines bestehenden Gebäudes sowie der Veränderungen von bestehenden Nutzungen und Betriebsabläufen im Hinblick auf den Gewässerschutz eine bislang nicht vorhandene Grundwassergefährdung ergibt.
Stilllegen ist die dauerhafte Außerbetriebnahme einer Anlage.
9. **Festmistlager** im Sinne dieser Verordnung sind ortsfeste Anlagen zum nicht nur vorübergehenden Lagern von Festmist (stapelbares Gemisch aus Kot, Harn und Einstreu. Als Festmist gilt auch Geflügelmist mit nachweislich hohem Einstreuanteil (Tiefstreu) und N-Gehalten unter 11 kg N/t Frischmasse).
10. **Freilandflächen** sind nicht durch Gebäude oder Überdachungen ständig abgedeckte Flächen, unabhängig von ihrer Beschaffenheit oder Nutzung. Dazu gehören auch Verkehrsflächen jeglicher Art wie Gleisanlagen, Straßen-, Wege-, Hof- und Betriebsflächen sowie sonstige durch Tiefbaumaßnahmen veränderte Landflächen.
11. **Freilandtierhaltung** ist die im Rahmen der ordnungsgemäßen Landwirtschaft auf nicht überdachten Flächen durchgeführte Tierhaltung.
12. **Gärrest** ist der flüssige oder feste Rückstand, der bei der Vergärung von Biomasse in einer Biogasanlage zurückbleibt und aufgrund des hohen Nährstoffgehaltes in der Regel als landwirtschaftlicher Dünger eingesetzt wird.
13. Eine **Grundwasser schonende Düngung** im Sinne dieser Verordnung liegt vor, wenn diese entsprechend der guten fachlichen Praxis nach dem Düngemittelrecht erfolgt.
14. **Gülle** ist Wirtschaftsdünger aus tierischen Ausscheidungen, auch mit geringen Mengen Einstreu oder Futterresten oder Zugabe von Wasser, dessen Trockensubstanzgehalt von 15 von Hundert nicht übersteigt.
Jauche ist ein Gemisch aus Harn und ausgeschwemmten feinen Bestandteilen des Kotes oder der Einstreu sowie von Wasser; Jauche kann in geringem Umfang Futterreste sowie Reinigungs- und Niederschlagswasser enthalten.
15. **Klärschlamm** ist der bei der Behandlung von Abwasser in Abwasserbehandlungsanlagen einschließlich zugehöriger Anlagen zur weitergehenden Abwasserreinigung anfallender Schlamm, auch entwässert oder getrocknet oder in sonstiger Form behandelt. In Kleinkläranlagen anfallender Schlamm gilt als Klärschlamm im Sinne der Klärschlammverordnung.
16. **Mineralische Stoffe zur Verwertung** im Sinne dieser Verordnung sind überwachte mineralische Stoffe aus industriellen Prozessen und aus Bautätigkeiten, die aufgrund ih-

rer Herkunft, Stoffeigenschaften und Verwendung den gesetzlichen und ministeriellen Anforderungen für eine Verwertung entsprechen.

17. **Nährstoffträger** im Sinne dieser Verordnung sind alle Stoffe, die freie Nährstoffe enthalten oder solche nach einer Mobilisierung freisetzen, wie z. B. mineralische Düngemittel, Gülle, Jauche, Festmist, Silagesickersaft. Für Klärschlamm, Kompost sowie Gärreste aus Co-Fermenter-Anlagen werden in dieser Verordnung besondere Regelungen getroffen.

18. **Niederschlagswasser**

Niederschlagswasser wird - ausgehend von Herkunftsbereichen - nachfolgend in die Kategorien unverschmutzt / gering verschmutzt bzw. stark verschmutzt eingeordnet. Die genannten Herkunftsbereiche sind nicht abschließend.

I. **Unverschmutztes Niederschlagswasser**

Als unverschmutzt gilt Niederschlagswasser insbesondere von:

- Fuß-, Rad- und Wohnwegen,
- Sportfreianlagen (Naturrasen-, Tennen-, Kunststoff- und Kunststoffrasenflächen sowie bitumengebundene Beläge),
- Hofflächen (ohne Kfz-Verkehr) in Wohngebieten, wenn das Fahrzeugwaschen dort unzulässig ist,
- Dachflächen in Wohn- und Mischgebieten (keine Metalldächer),
- Garagenzufahrten bei Einzelhausbebauung.

II. **Gering verschmutztes Niederschlagswasser**

Als gering verschmutzt gilt Niederschlagswasser insbesondere von:

- befestigten Flächen mit schwachem Kfz-Verkehr (fließend und ruhend), z.B. von Wohnstraßen mit Park- und Stellplätzen, Zufahrten zu Sammelgaragen; sonstigen Parkplätzen, soweit sie nicht den Kriterien für stark verschmutztes Niederschlagswasser unterliegen,
- Einkaufsstraßen, Marktplätzen, Flächen, auf denen Freiluftveranstaltungen stattfinden
- zwischengemeindlichen Straßenverbindungen, Wegeverbindungen,
- Dachflächen in Gewerbe- und Industriegebieten,
- Hof- und Verkehrsflächen in Mischgebieten, Gewerbe- und Industriegebieten mit geringem Kfz-Verkehr, ohne Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und ohne sonstige Beeinträchtigungen der Niederschlagswasserqualität,
- landwirtschaftlichen Hofflächen, soweit sie nicht den Kriterien für stark verschmutztes Niederschlagswasser unterliegen,
- Start- und Landebahnen von Flughäfen ohne Winterbetrieb (Enteisung)

III. **Stark verschmutztes Niederschlagswasser**

Als stark verschmutzt gilt Niederschlagswasser insbesondere von:

- Flächen, auf denen mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 62 WHG sowie mit Jauche und Gülle, Stallung oder Silage umgegangen wird, z.B. Lager-, Abfüll- und Umschlagplätze für diese Stoffe,
- Flächen mit starkem Kfz-Verkehr (fließend und ruhend), z.B. Hauptverkehrsstraßen, Fernstraßen, sowie Großparkplätze als Dauerparkplätze mit häufiger Frequentierung,
- Hof- und Verkehrsflächen in Misch-, Gewerbe- und Industriegebieten, soweit sie nicht den Kriterien für

gering verschmutztes Niederschlagswasser unterliegen,

- befestigte Flächen mit großen Tieransammlungen, z.B. Viehhaltungsbetriebe, Reiterhöfe, Paddocks, Schlachthöfe, Pelztierfarmen (offene Tierhaltung),
- Start- und Landebahnen von Flughäfen im Winterbetrieb (Enteisung) sowie Flächen, auf denen eine Betankung, Enteisung oder Wäsche der Flugzeuge erfolgt,
- befestigten Gleisanlagen,
- Verkehrsflächen von Abwasserbehandlungs- und Abfallentsorgungsanlagen (z.B. Deponiegelände, Umschlaganlagen, Kompostierungsanlagen, Zwischenlager),
- Flächen zur Lagerung und Zwischenlagerung industrieller Reststoffe und Nebenprodukte, von Recyclingmaterial und von Asche.

19. **Pflanzenkompostierungsanlagen** im Sinne dieser Verordnung sind Anlagen zum Herstellen von Kompost aus Pflanzenabfällen, Baum- und Strauchschnitt, in der Regel aus öffentlichen Anlagen und Grünflächen, die von der öffentlichen Müllabfuhr nicht erfasst werden.

20. **Recyclingmaterial (RCL-Materialien)** zur Verwertung im Sinne dieser Verordnung sind überwachte mineralische Stoffe aus industriellen Prozessen und Bautätigkeiten, die in Anlagen sortiert und behandelt wurden und die aufgrund ihrer Herkunft, Stoffeigenschaften und Verwendung den gesetzlichen und ministeriellen Anforderungen für eine Verwertung entsprechen⁷.

21. **Rohrleitungen** im Sinne dieser Verordnung sind Rohrleitungen zum Transport wassergefährdender Stoffe, die außerhalb eines Werksgeländes liegen und nicht den Bestimmungen des § 62 WHG, einschl. dazu erlassener Rechtsverordnungen unterliegen.

22. **Schmutzwasser** ist das durch häuslichen, gewerblichen, industriellen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser (§ 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WHG).

Als Schmutzwasser gelten auch:

- die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten;
- das aus Mischsystemen im Zusammenhang mit Regenwasserbehandlungsanlagen abgeschlagene behandelte oder unbehandelte Abwasser;
- das aus Mischsystemen aus Regenüberläufen abgeschlagene (unbehandelte) Abwasser.

23. **Wassergefährdende Stoffe**

a) sind bei Fernleitungen (Pipelines) flüssige oder gasförmige Stoffe, die geeignet sind, Gewässer zu verunreinigen oder sonst in ihren Eigenschaften nachteilig zu verändern. Sie werden in einer Rechtsverordnung des Bundes über wassergefährdende Stoffe bei der Beförderung in Rohrleitungen bestimmt.

b) sind bei Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen feste, flüssige oder gasförmige Stoffe, die geeignet sind, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Wassers nachteilig zu verändern. Sie werden in einer Rechtsverordnung näher bestimmt und entsprechend ihrer Gefährlichkeit eingestuft (§ 62 WHG).

24. **Anlagen mit erhöhtem Wassergefährdungspotential**

im Sinne dieser Verordnung sind Betriebe, in denen im erheblichen Umfang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 62 WHG umgegangen wird (Lagern, Umschlagen, Abfüllen, Herstellen, Behandeln, Verwenden) sowie in erheblichem Umfang mit anderen Stoffen umgegangen wird, von denen aufgrund ihrer Art und Menge eine erhebliche Grundwassergefährdung ausgeht, insbesondere:

- Akkumulatorenfabriken,
- größere Beizereien und andere Betriebe, die ätzende Flüssigkeiten verwenden,
- Chemikaliengroßhandlungen, chemische Großreinigungen, chemische Fabriken,
- Erdölraffinerien, Großstanklager, Hydrierwerke, Galvanikbetriebe, Härtereien, Weißblechwerke, Gaswerke, Kokereien, Kohlekraftwerke, Großgerbereien,
- Kaliwerke, Salinen
- öffentliche Tankstellen, Schlachthöfe, Molkereien, Biogasanlagen
- Zellulosefabriken, Zuckerfabriken,

25. **Wärmepumpen**

- Wärmepumpenanlagen im Sinne dieser Verordnung sind Anlagen, welche über einen Wärmetauscher dem Boden bzw. dem Grundwasser Wärme entziehen (Heizbetrieb). Die durch den Wärmetauscher entzogene Wärme wird von der Wärmepumpe in einem Kreislaufprozess aus Verdampfen, Verdichten und Verflüssigen auf ein höheres Temperaturniveau angehoben (Wärmepumpenkreislauf). Durch Umkehrung dieses Prozesses wie auch durch eine direkte Betriebsweise unter Umgehung des Wärmepumpenkreislaufes kann Wärme dem Untergrund wieder zugeführt werden (Kühlbetrieb).

- Arbeits-/Kältemittel im Sinne dieser Verordnung ist ein flüssiger/gasförmiger Stoff, der im Wärmepumpenkreislauf zirkuliert.

- Erdwärmesonden im Sinne dieser Verordnung sind Wärmetauscher, die vertikal oder schräg in den Untergrund eingebracht werden. Sie werden aus nahtlos gefertigten Rohrleitungen hergestellt und mit einem speziellen Umlenkstück (Sondenfuß) werksfertig verbunden.

- Erdwärmekollektoren im Sinne dieser Verordnung sind Wärmetauscher, die aus nahtlos gefertigten Rohrleitungen bestehen, welche horizontal und in einer Tiefe von bis zu 5 Meter unter Geländeoberkante eingebaut werden. Abweichend von dieser Ausführungsart bestehen diverse Sonderbauformen (z. B. Grabenkollektor, Energiezaun), die aufgrund ihrer Einbautiefe und Funktionsweise im Sinne dieser Verordnung unter dem Sammelbegriff Erdwärmekollektoren geführt werden.

- Wärmeträgermedium im Sinne dieser Verordnung ist ein gasförmiger oder flüssiger Stoff, der die Wärme aus dem Untergrund oder dem Grundwasser aufnimmt, zum Wärmepumpenkreislauf transportiert und mittels Wärmetauscher an den Wärmepumpenkreislauf abgibt.

- Direktverdampfersysteme im Sinne dieser Verordnung sind Wärmepumpenanlagen, bei denen das Arbeits-/Kältemittel selbst auch als Wärmeträgermedium dient und in dem im Untergrund eingebrachten Wärmetauscher zirkuliert (= Sonderbauformen von Erdwärmesonden bzw. Erdwärmekollektoren).

§ 3

Schutz in den Zonen III, II und I

- (1) Die Zone III (weitere Schutzzone) soll den Schutz vor weit reichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer abbaubaren chemischen und vor radioaktiven Verunreinigungen, gewährleisten. Die Schutzzone III beschreibt das Einzugsgebiet für die Brunnen. Die Schutzzone III wird aufgrund der gegebenen hydrogeologischen Verhältnisse in zwei Zonen (III A und III B) unterteilt.
- (2) Die Zone II (engere Schutzzone) soll den Schutz vor Verunreinigungen durch pathogene Mikroorganismen (z. B. Viren, Bakterien, Parasiten und Wurmeiern) und vor sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die von verschiedenen menschlichen Tätigkeiten und Einrichtungen ausgehen und wegen ihrer Nähe zur Fassungsanlage besonders gefährdend sind.
- (3) Die Zone I muss den Schutz der Gewinnungsanlage und ihrer unmittelbaren Umgebung vor jeglichen Verunreinigungen und Beeinträchtigungen gewährleisten. In der Zone I sind alle Handlungen verboten, die nicht dem ordnungsgemäßen Betreiben, Warten oder Unterhalten des Wasserwerkes und seiner Wassergewinnungsanlage, der behördlichen Überwachung der Wasserversorgung oder dem Ausüben der Gewässeraufsicht dienen. Das Betreten der Zone I ist nur solchen Personen gestattet, die im Auftrag des Wasserversorgungsunternehmens handeln oder mit behördlichen Überwachungsaufgaben betraut sind. Land- und forstwirtschaftliche Maßnahmen sowie gartenbauliche Nutzung sind verboten, soweit sie nicht dem Erhalten und Pflegen der zum Schutz des Grundwassers notwendigen Grasnarbe und des Baumbestandes dienen. Der Einsatz chemischer Mittel für Pflanzenschutz, Schädlings- oder Aufwuchsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung und jegliche Düngung sind verboten.
- (4) Die einzelnen Verbotstatbestände und Genehmigungserfordernisse in den Zonen III B, III A und II folgen aus der dieser Verordnung beigefügten Anlage A. In Niedersachsen gelten darüber hinaus die Bestimmungen der SchuVO4.
- (5) Anlagen und sonstige Einrichtungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung rechtmäßig bestehen und die nach Maßgabe des sonstigen öffentlichen Rechtes in Bestand und Betrieb geschützt sind, genießen Bestandschutz.

§ 4

Militärische Übungen und Liegenschaften

Bei der Bewertung einzelner militärischer Handlungen ist es neben dem unmittelbaren Schutz des Wassers vor Verunreinigungen wesentlich, die als Filter wirkenden natürlichen Deckschichten möglichst zu erhalten.

§ 5

Duldungspflichten

- (1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken im Wasserschutzgebiet sowie das begünstigte Unternehmen haben die wasserbehördliche Überwachung des Wasserschutzgebietes, insbesondere hinsichtlich der Befolgung der Vorschriften dieser Verordnung und der

nach ihr getroffenen Anordnungen, sowie Beobachtungen der Gewässer und des Bodens zu dulden (§§ 52 Abs. 1 Nr. 2c. und 101 WHG).

- (2) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken können verpflichtet werden, bestimmte auf das Grundstück bezogene Handlungen vorzunehmen, insbesondere die Grundstücke nur in bestimmter Weise zu nutzen, soweit der Schutzzweck dieses erfordert (§ 52 Abs. 1 Nr. 2a WHG).
- (3) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken im Wasserschutzgebiet sowie das begünstigte Unternehmen sind darüber hinaus verpflichtet zu dulden,
 1. die Errichtung, den Betrieb und die Unterhaltung von Einrichtungen zur Sicherung der Zone I gegen unbefugtes Betreten,
 2. das Aufstellen, die Unterhaltung oder die Beseitigung von Hinweis-, Warn-, Gebots- und Verbotsschildern,
 3. das Beseitigen von Mulden, Erdaufschlüssen und Ablagerungen,
 4. das Betreten der Grundstücke durch Bedienstete der zuständigen Behörden zur Beobachtung, Messung und Untersuchung des Grundwassers und zur Entnahme von Bodenproben,
 5. die Anlage und den Betrieb von Grundwassermessstellen,
 6. die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Sicherung gegen Überschwemmungen, und
 7. die Kontrolle der Funktion und des Betriebes von Abwasseranlagen
- (4) Die zuständige Behörde ordnet gegenüber den betroffenen Eigentümern oder Nutzungsberechtigten die gemäß den Absätzen 2 bis 3 zu duldenen Maßnahmen durch schriftlichen Bescheid an. Dazu kann eine Beteiligung des Wasserwerksbetreibers, bei fachspezifischen Fragen ggf. auch von Fachbehörden oder andere Stellen (z. B. die Landwirtschaftskammer, Wald- und Forstbehörden) erforderlich sein. Soweit bergrechtliche Belange berührt sind, ergeht die Entscheidung in Nordrhein-Westfalen im Benehmen mit der zuständigen Bergbaubehörde bei der Abteilung 6 der Bezirksregierung Arnsberg bzw. in Niedersachsen mit dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie.

§ 6

Düngung in Wasserschutzgebieten

- (1) Ziel der Grundwasser schonenden Düngung im Sinne dieser Verordnung (vgl. § 2 Nr. 13) ist es, die Gewässer im Interesse der bestehenden oder künftigen öffentlichen Wasserversorgung im Geltungsbereich dieser Verordnung unter Berücksichtigung der im Einzugsgebiet gegebenen hydrogeologischen Verhältnisse vor nachteiligen Auswirkungen durch eine nicht im Rahmen ordnungsgemäßer Landwirtschaft erfolgten Ausbringung von Düngemitteln zu schützen.
- (2) Beim Düngen dürfen Düngemittel nur nach der Düngverordnung⁸ in der jeweils gültigen Fassung ausgebracht werden. Der Düngbedarf für Stickstoff und Phosphor ist fruchtspezifisch für jeden Schlag nach den Vorgaben der Düngverordnung zu ermitteln.
- (3) Die Düngbedarfsermittlung und -anwendung hat nach

einem aktuellen Düngeplan zu erfolgen. Die Düngeplanung ist zu dokumentieren, ebenso die tatsächlich durchgeführte Düngung über eine Ackerschlagkartei. Beides ist mindestens 7 Jahre aufzubewahren. Die Aufzeichnungen sind auf Verlangen der zuständigen Wasserbehörde zur Verfügung zu stellen. Bei der Erstellung des Düngeplanes sind die jeweils aktuellen Beratungsempfehlungen der Landwirtschaftskammer zu beachten.

Für die Ermittlung des Düngebedarfs für Stickstoff sind für den Zeitpunkt der Düngung frucht- und standortspezifisch gebietsrepräsentative N_{\min} -Proben (0 bis 90 cm) für jeden Schlag heranzuziehen bzw. zu ermitteln. Im Rahmen der Düngeverordnung erstellte Nährstoffvergleiche können verwendet werden.

- (4) Mindestens alle 5 Jahre sind für Betriebe über 3 ha bewirtschafteter Gesamtfläche im Wasserschutzgebiet am Ende der Vegetationsperiode (20. Oktober - 10. November) von dem bewirtschaftenden Landwirt N_{\min} -Untersuchungen nach dem Beratungskonzept der Landwirtschaftskammer durchzuführen. Die Auswahl der Beprobungsflächen hat so zu erfolgen, dass die Bewirtschaftungspraxis und die Standorttypen repräsentativ erfasst werden.

Eine Durchschrift der Untersuchungsergebnisse zum Ende der Vegetationsperiode ist bis zum 31. Januar des Folgejahres der zuständigen Kreisstelle der Landwirtschaftskammer zuzuleiten. Auf Verlangen sind der zuständigen Wasserbehörde die Untersuchungsergebnisse zur Verfügung zu stellen.

- (5) Erforderliche Bodenuntersuchungen über die im Boden verfügbaren N_{\min} -Mengen sind einschließlich der Probenahme von einer fachlich geeigneten, neutralen Stelle durchzuführen. Die zuständige Wasserbehörde ist berechtigt, weitere Bodenproben zu entnehmen oder von einer neutralen Stelle entnehmen zu lassen.

§ 7

Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (PSM)

- (1) Soweit sie zugelassen sind, darf die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Freilandflächen nur nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis erfolgen, unter Beachtung des Pflanzenschutzgesetzes (PflSchG)⁹, der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen, unter anderem der Verordnung über Anwendungsverbote für Pflanzenschutzmittel¹⁰ sowie entsprechender Verwaltungsvorschriften (Pflanzenschutz-Freiflächenanwendungsvorschrift¹¹). Pflanzenschutzmittel dürfen nach diesen Vorschriften nicht angewandt werden, soweit der Anwender damit rechnen muss, dass ihre Anwendung schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder das Grundwasser oder sonstige erhebliche schädliche Auswirkungen, insbesondere auf den Naturhaushalt, hat. Sie dürfen ferner nicht in oder unmittelbar an oberirdischen Gewässern angewandt werden. Der Anwender muss im Besitz eines Sachkundenachweises¹² sein.
- (2) Bei Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Wasserschutzgebieten sind die Beratungsempfehlungen der Landwirtschaftskammer und Forstbehörden zu berücksichtigen. Über die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sind Aufzeichnungen zu führen, aus denen sich ergeben müssen:
- Name des Anwenders,

- die Angabe der behandelten Fläche (zum Beispiel Bezeichnung der behandelten Fläche oder Bewirtschaftungseinheit),
- das Anwendungsdatum,
- das verwendete Pflanzenschutzmittel,
- die Aufwandmenge und
- das Anwendungsgebiet (Kulturpflanze, die auf der betreffenden Anwendungsfläche angebaut wird).

PSM-Aufzeichnungen über die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln aus anderen Aufzeichnungspflichten (CC) sind dieser Aufzeichnung gleich zu setzen. Die Aufzeichnungen sind 7 Jahre aufzubewahren und der Landwirtschaftskammer sowie der zuständigen Wasserbehörde auf Verlangen vorzulegen.

§ 8

Genehmigungen

- (1) Die Genehmigung für genehmigungsbedürftige Tatbestände nach der Anlage A ist zu versagen, wenn schädliche, auch durch Nebenbestimmungen nicht vermeidbare oder nicht ausgleichbare Gewässeränderungen zu erwarten sind. Über die Genehmigungen nach § 3 Abs. 4 in Verbindung mit der Anlage A dieser Verordnung entscheidet die zuständige Wasserbehörde. Dem Genehmigungsantrag sind in mindestens dreifacher Ausfertigung Unterlagen, wie Beschreibungen, Pläne, Zeichnungen, Berechnungen und sonstige Nachweise beizufügen, soweit sie zur Beurteilung des Antrages erforderlich sind.
- (2) Die zuständige Wasserbehörde kann vor ihrer Entscheidung den Wasserwerksbetreiber und bei fachspezifischen Fragen ggf. auch Fachbehörden oder andere Stellen beteiligen. Sind Betriebe betroffen die der Bergaufsicht unterliegen, ist die zuständige Bergbehörde zu hören.
- (3) Die Genehmigung kann mit Nebenbestimmungen versehen und befristet werden. Sie kann zurückgenommen oder nachträglich mit zusätzlichen Anforderungen versehen oder weiteren Einschränkungen unterworfen werden, soweit es das Interesse der öffentlichen Wasserversorgung gebietet, das Grundwasser im Rahmen dieser Verordnung vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen, die bei der Erteilung der Genehmigung nicht voraussehbar waren. Sie kann auch einmalig für eine bestimmte Zahl in der Zukunft liegender Handlungen gleicher Art erteilt werden. Die Vorschriften des allgemeinen Ordnungsrechts und des Verwaltungsverfahrensgesetzes bleiben unberührt.
- (4) Einer besonderen Genehmigung nach den Vorschriften dieser Verordnung bedarf es nicht für Handlungen, die nach anderen Bestimmungen einer Erlaubnis, Bewilligung, Genehmigung, bergrechtlichen Betriebsplanzulassung oder sonstigen behördlichen Zulassung mit Konzentrationswirkung bedürfen. Entscheidungen anderer als nach Wasserrecht zuständiger Behörden, die sich auf das Wasserschutzgebiet beziehen, ergehen im Einvernehmen mit der nach Wasserrecht zuständigen Behörde, es sei denn, die Entscheidung ergeht im Planfeststellungsverfahren (§ 14 Abs. 4 LWG).

§ 9

Befreiungen vom Verbot der Schutzgebietsverordnung

- (1) Die zuständige Wasserbehörde kann auf Antrag von den Verboten des § 3 Abs. 3 und 4 und der Anlage A dieser Verordnung Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Allgemeinwohls dies erfordern.
Vor der Entscheidung ist der Wasserwerksbetreiber zu hören.
- (2) Dem Wasserwerksbetreiber kann auf Antrag von der zuständigen Wasserbehörde Befreiung von den Verboten dieser Verordnung für die Zonen II und III erteilt werden, soweit dies zum Betrieb der Wassergewinnungs- und -versorgungsanlagen erforderlich und mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit vereinbar ist.
- (3) Vor den Entscheidungen über eine Befreiung nach Abs. 1 oder Abs. 2 ist von der zuständigen Wasserbehörde in hygienischen und gesundheitlichen Fragen eine Stellungnahme des zuständigen Gesundheitsamtes einzuholen.
- (4) Im Übrigen gelten die Vorschriften des § 8 Absatz 1 - 4 entsprechend.

§ 10 Vorrang der Kooperation

Die Regelungen der §§ 6 Abs. 3-5 und 7 Abs. 2 dieser Verordnung gelten nicht für Mitglieder einer Kooperation im Sinne dieser Verordnung, wenn folgende Anforderungen erfüllt sind:

1. Eine **Kooperation** im Sinne dieser Verordnung ist - unabhängig von der Rechtsform - der vertrag- oder mitgliedschaftliche Zusammenschluss von Landwirtschafts- oder Gartenbaubetrieben einerseits und einem oder mehreren Wasserversorgungsunternehmen der öffentlichen Trinkwasserversorgung andererseits.
2. Die Mitglieder bzw. Vertragspartner der Kooperation müssen in der Kooperationsvereinbarungen mindestens inhaltsgleiche, verbindliche Regelungen und Dokumentationspflichten für die Tatbestände der §§ 6 und 7 dieser Verordnung getroffen haben, die von jedem Einzelmitglied zu erfüllen sind.
3. Die Regelungen der Kooperation müssen sich an den Grundsätzen des vorbeugenden Gewässerschutzes orientieren.
4. Die Kooperation muss im Rahmen der Zielsetzung der 12-Punkte-Vereinbarung zwischen der Wasserversorgung, der Landwirtschaft, dem Gartenbau - vertreten durch ihre Kammern/Verbände - und dem Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen von 1989 und der Fortschreibung dieses Programms arbeiten; zuletzt fortgeschrieben mit der zweiten Novelle der Rahmenvereinbarung vom 30.03.2011, insbesondere mit der Anlage 3 "Ergebnis der Fachgespräche zu Grundsätzen der Düngeberatung in Wasserschutz-Kooperationen vom 30.03.2011". Das Wasserversorgungsunternehmen muss Einfluss auf die Gestaltung der Kooperationsarbeit nehmen können.
5. Die zuständige Wasserbehörde muss berechtigt sein, von den Vertretungsgremien der Kooperation Auskunft über deren allgemeine Tätigkeit zu verlangen. Die zuständige Wasserbehörde muss insbesondere die in der Kooperation geltenden mindestens inhaltsgleichen Anforderungen für die Tatbestände der §§ 6 und 7 dieser Verordnung, die Einhaltung der vertraglichen Bindungen der Kooperationsvereinbarung sowie die Anwendung von zu-

gelassenen Pflanzenschutzmitteln prüfen können. Die Ergebnisse der Kooperationsarbeit aus Nährstoffvergleichen, Düngeplänen, N_{MIN}-Untersuchungen sowie weiterer relevanter Daten zum Grundwasserschutz sind der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzulegen. Sie ist nicht berechtigt, Auskünfte über einzelne Untersuchungsergebnisse oder einzelne Kooperationsmitglieder zu verlangen.

6. Soweit die Kooperation für ihre Mitglieder verbindliche Konzepte für die Gewässer schonende Umwandlung von Dauergrünland erstellt hat, können deren Mitglieder vom Verbot in Zone III B auf Antrag befreit werden. Über Anträge entscheidet die zuständige Wasserbehörde nach Anhörung der Landwirtschaftskammer und des Wasserwerksbetreibers auf der Grundlage der vorgelegten Konzepte.

Bei Zweifeln am Vorliegen dieser Voraussetzungen und Anforderungen entscheidet die obere Wasserbehörde.

§ 11 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig nach § 103 Absatz 1 Nr. 7a WHG, § 161 Abs. 1 Nr. 2 LWG, § 133 Abs. 2 Nr. 1 NWG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach dieser Verordnung verbotene oder genehmigungspflichtige Handlung vornimmt, für die keine Befreiung nach § 9 oder keine Genehmigung nach § 8 vorliegt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 103 Absatz 2 WHG, § 161 Abs. 4 LWG, § 133 Abs. 3 NWG mit einer Geldbuße bis zu 50.000,00 Euro geahndet werden.

§ 12 Zuständigkeit

Für Entscheidungen aufgrund dieser Wasserschutzgebietsverordnung ist grundsätzlich der Kreis Minden-Lübbecke bzw. der Landkreis Osnabrück für den niedersächsischen Teil zuständig.

Soweit Anlagen nach Anhang I der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz13 unmittelbar betroffen sind, ist die Bezirksregierung Detmold die zuständige Behörde.

§ 13 Andere Rechtsvorschriften

Die in anderen Rechtsvorschriften vorgesehenen Verbote, Genehmigungs-, Zulassungs-, Duldungs-, Mitwirkungs- und Anzeigepflichten oder Beschränkungen bleiben unberührt.

§ 14 Entschädigungs- und Ausgleichszahlung

- (1) Soweit eine Schutzbestimmung dieser Verordnung das Eigentum unzumutbar beschränkt und diese Beschränkung nicht vermieden oder ausgeglichen werden kann, hat die begünstigte Person eine Entschädigung zu leisten (§ 52 Abs. 4 WHG).

(2) Eine Ausgleichszahlung ist zu leisten, wenn eine in der Anlage A aufgeführte Schutzbestimmung erhöhte Anforderungen festsetzt, die die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche oder erwerbsgärtnerische Nutzung eines Grundstücks erschweren oder mit zusätzlichen Kosten belasten, soweit nicht eine Entschädigungspflicht besteht (§ 52 Abs. 5 WHG, § 15 LWG, § 93 NWG).

(3) Die Höhe der Entschädigung/ des Ausgleichs wird auf Antrag von der Bezirksregierung Detmold festgesetzt, wenn zwischen der begünstigten Person und den Beteiligten keine gütliche Einigung erzielt werden kann. Für das Verfahren gelten die §§ 96 bis 99 WHG.

**§ 15
Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt eine Woche nach dem Tage ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Detmold in Kraft. Sie hat gemäß § 14 Abs. 3 LWG eine Geltungsdauer von 40 Jahren.

Az.: 54.04.04.70_3716-04

Detmold, den 17.12.2015

i. V. Berghahn

¹⁾ Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31.07.2009 (BGBl. I Nr. 51, S. 2585)

²⁾ Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG) vom 25. Juni 1995 (GV. NRW S. 926)

³⁾ Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 477)

⁴⁾ Verordnung über Schutzbestimmungen in Wasserschutzgebieten (SchuVO) vom 09. November 2009 (Nds. GVBl. Nr. 25(2009, S. 431)

⁵⁾ veröffentlicht in Nordrhein-Westfalen GV. NRW 2002, S. 168

⁶⁾ Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundesbodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502)

⁷⁾ Gemeinsamer Runderlass des Ministeriums für Umwelt, Natur, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW und des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr NRW vom 09. Oktober 2001 und 14. September 2004 (SMBl. NRW 74, 913), Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) "Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/ Abfällen"

⁸⁾ Verordnung über die Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis beim Düngen (Düngeverordnung - DüV) vom 27. Februar 2007 (BGBl. I S. 221)

⁹⁾ Gesetz zum Schutz der Kulturpflanzen (Pflanzenschutzgesetz - PflSchG) vom 06. Februar 2012 (BGBl. S 148)

¹⁰⁾ Verordnung über Anwendungsverbote für Pflanzenschutzmittel (Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung) vom 10. November 1992 (BGBl. I S. 1887)

¹¹⁾ Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf nicht landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Freilandflächen - Ver-

waltungsvorschriften - Pflanzenschutz-Freiflächenanwendungsvorschrift; Gemeinsamer Runderlass des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft und des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr vom 27.3.2000 (MBl. NRW. S. 455)

¹²⁾ vergleiche § 9, (Pflanzenschutzgesetz - PflSchG) vom 06. Februar 2012 (BGBl. S 148)

¹³⁾ Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU) vom 03. Februar 2015 (GV. NRW S. 268 / SGV.NRW.282)

**Anlage A
zur ordnungsbehördlichen Verordnung
zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für den
Einzugsbereich der Wassergewinnungsanlagen Hedem
des Wasserbeschaffungsverbandes Kreis Herford-West
und Harlinghausen der Stadt Preußisch-Oldendorf**

**- Wasserschutzgebietsverordnung Pr. Oldendorf -
Hedem - Harlinghausen vom 17.12.2015 -**

**Genehmigungsbedürftige und verbotene Handlungen
und Maßnahmen in den Zonen II, III A und III B**

Zeichenerklärung:

- V = Handlung oder Maßnahme ist verboten
- G = Handlung oder Maßnahme unterliegt der Genehmigungspflicht durch die zuständige Wasserbehörde
- - - = durch Schutzgebietsverordnung nicht geregelt

Nr.	Handlung	III B	III A	II
1	Abfallentsorgungsanlagen			
1.1	Anlagen zur Ablagerung von Abfallstoffen jeder Art			
1.1.1	Errichten und Erweitern	V	V	V
1.1.2	wesentliches Ändern	G	V	V
			G: Änderungen, die den Gewässer- schutz erhöhen	
1.2	Abfallumschlag- und Abfallzwischenlager Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	G	V	V
			G: Zwischen- lagern von Abfallstoffen im Rahmen von Baumaß- nahmen für eine Dauer von höchstens 12 Monaten	
1.3	Abfallbehandlungsanlagen Errichten, Erweitern, wesent- liches Ändern	V	V	V
		G: Anlagen, in denen feste Abfallstoffe durch Sortieren, Bearbeiten	G: wie in Zone IIIB	

Nr.	Handlung	III B	III A	II	Nr.	Handlung	III B	III A	II
		oder Aufbereiten für den Wirtschaftskreislauf zurück gewonnen werden.						mit einer anderen gleichwertigen Reinigungsleistung	
	Pflanzenkompostierungsanlagen über 20 t/a Durchsatz	---	G	V	3.1.2	Erweitern	G	G	V
	Pflanzenkompostierungsanlagen unter 20 t/a Durchsatz	---	---	V	3.1.3	Wiederherstellen, wesentliches Ändern	G	G	V
2	Eigenkompostierungsanlagen Abgrabungen, Erdaufschlüsse (Bohrungen s. Ziffer 8) ohne Maßnahmen für das Verlegen von Fernmelde- und Stromkabel, Aufstellen von Masten, Verlegen von Ver- und Entsorgungsleitungen	---	---	---	3.2	Kanalisation Einschließl. Sonderbauwerken Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	G	G	V
2.1	Maßnahmen, durch die das Grundwasser dauernd oder zeitweise freigelegt wird	V	V	V	4	Abwassereinleitungen			
		Ausnahme: Baugruben	Ausnahme: wie in Zone IIIB		4.1	Schmutzwasser			
2.2	Maßnahmen, durch die die Grundwasserüberdeckung oder eine reinigende Schicht wesentlich vermindert wird	V	V	V	4.1.1	<u>unbehandelt:</u> Einleiten in oberirdische Gewässer bzw. in den Untergrund	V	V	V
		Ausnahme: Baugruben	Ausnahme: wie in Zone IIIB		4.1.2	<u>behandelt:</u> Einleiten in oberirdische Gewässer	G	G	V
		bei denen nachweislich eine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwassers verbleibt			4.1.2.1	Einleiten, Versickern in den Untergrund	V	V	V
							G: Einleiten/ Versickern aus Kleinkläranlagen, die die Voraussetzungen der Ziffer 3.1.1 erfüllen	G: wie in Zone IIIB	G: Filterrückspülwasser aus der Wasseraufbereitung V G: Filterrückspülwasser aus der Wasseraufbereitung V
3	Abwasseranlagen				4.2	Kühlwasser			
3.1	Abwasserbehandlungsanlagen				4.2.1	<u>thermisch verändertes Kühlwasser</u>			
3.1.1	Errichten	G	V	V	4.2.1.1	Einleiten in oberirdische Gewässer	G	G	V
			G: Regenklär- und Regenüberlaufbecken; Abwasservorbehandlungsanlagen von Gewerbebetrieben sowie Kleinstanlagen wie z.B. Amalgamabscheider bei Zahnärzten und Leichtflüssigkeitsabscheider; Kleinkläranlagen von Einzelanwesen nach DIN 4261 Teil 2 und 4 oder		4.2.1.2	Einleiten in den Untergrund	G	V	V
					4.2.2	<u>verschmutztes Kühlwasser</u> Schutzonenregelungen wie unter Ziffer 4.1 ff.			
					4.3	Niederschlagswasser			
					4.3.1	<u>unverschmutzt:</u>			
					4.3.1.1	Einleiten in oberirdische Gewässer	G	G	G
					4.3.1.2	<u>unverschmutzt:</u> Einleiten in den Untergrund:			
					a)	punktueller Einleiten (Schachtversickerung)	V	V	V
					b)	linienförmiges Einleiten (Rigolen, Kiesrigolen, Rohrversickerung)	G	G	G
					c)	flächiges Einleiten - über die belebte Bodenzone (Versickerungsbecken, Mulde)	G	G	G

Nr.	Handlung	III B	III A	II
	- als Flächenversickerung (Öko-Pflaster, Pflaster, etc.)	---	---	---
4.3.2	gering verschmutzt:			
4.3.2.1	Einleiten in oberirdische Gewässer	G	G	V
4.3.2.2	Einleiten in den Untergrund:			
a)	punktueller Einleiten (Schachtversickerung)	G	V	V
b)	linienförmiges Einleiten (Rigolen, Kiesrigolen, Rohrversickerung)	G	V	V
c)	flächiges Einleiten - über die belebte Bodenzone (Versickerungsbecken, Mulde) - als Flächenversickerung (Öko-Pflaster, Pflaster etc.)	G	G	G
4.3.3	<u>stark verschmutzt:</u>			
4.3.3.1	Einleiten in oberirdische Gewässer	V	V	V
		G: Einleiten von Niederschlagswasser von außerhalb örtlichen Fernstraßen und Hauptverkehrsstraßen unter Berücksichtigung der RiStWag ¹	G: wie in Zone IIIB	
4.3.3.2	Einleiten in den Untergrund:			
a)	punktueller Einleiten (Schachtversickerung)	V	V	V
b)	linienförmiges Einleiten (Rigolen, Kiesrigolen, Rohrversickerung)	V	V	V
c)	flächiges Einleiten - über die belebte Bodenzone (Versickerungsbecken, Mulde) - als Flächenversickerung (Öko-Pflaster, Pflaster, etc)	G: Verriegelungen von Niederschlagswasser von außerhalb örtlichen Fernstraßen und Hauptverkehrsstraßen unter Berücksichtigung der RiStWag	G: wie in Zone IIIB	V
d)	Einleiten von Niederschlagswasser von außerhalb örtlichen Fernstraßen und Hauptverkehrsstraßen unter Berücksichtigung der RiStWag	landw. Betriebsflächen unter den Vorgaben der guten landwirtschaftlichen Praxis auf landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Flächen		V
5.	Anlagen			
5.1	Anlagen zum Lagern, Ablagern und Behandeln von mehr als 5 Autowracks sowie Altreifen			
5.1.1	Errichten, Erweitern	V	V	V
5.1.2	wesentliches Ändern	G	G	V
5.2	Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (Wärmepumpen s. Ziff. 27)			
	Errichten, Erweitern, wesentliches ändern von Anlagen zur Lagerung und zum Umgang mit	G	G	V

Nr.	Handlung	III B	III A	II
	wassergefährdenden Stoffen in Behältern mit einem Gesamtvolumen von mehr als 220 Litern			
5.3	Anlagen mit erhöhtem Wassergefährdungspotential im Sinne dieser Verordnung (vgl. § 2 Begriffsbestimmungen)			
5.3.1	Errichten, Erweitern	V	V	V
5.3.2	wesentliches Ändern	G	G	V
6.	Bebauung			
6.1	Ausweisen neuer Gewerbe- und Industriegebiete	G	V	V
6.2	Ausweisen neuer Baugebiete	---	G	V
6.3	Bauliche Anlagen Errichten, Erweitern und wesentliches ändern von Bauwerken, die zumindest zeitweise Kontakt mit dem Grundwasser haben	G	G	V
		ausgenommen: Bauvorhaben mit erlaubnisfreier Grundwasserbenutzung	wie Zone IIIB	
7.	Bergbau Durchführung von Tätigkeiten zum Aufsuchen und Gewinnen von Bodenschätzen, einschl. Fracking, sowie Verpressung von CO ₂	V	V	V
8.	Bohrungen	G	G	V
		Ausnahme: - Bohrungen für geologische und bodenkundliche Landesaufnahme - für Grundwasserbeobachtungsdienste - zum Ziehen von Bodenproben, zur Beurteilung von landwirtschaftlichen Flächen und zur Feststellung der Bodenqualität, - Bohrungen für erlaubnisfreie Benutzungen (§ 46 WHG)	Ausnahme: - Bohrungen für geologische und bodenkundliche Landesaufnahme - für Grundwasserbeobachtungsdienste	G: Bohrungen zur Feststellung der Bodenqualität nur bis 1 m Tiefe
9.	Camping- / Zeltplätze Errichten, Erweitern oder wesentliches Ändern	G	G	V
10.	Fischerei			
10.1	Gewerbliche Fischhaltung	V	V	V
10.2	Fischteiche Anlegen, Erweitern, wesentliches Ändern	V	V	V
		Ausnahme: Zierteiche	Ausnahme: wie Zone	

Nr.	Handlung	III B	III A	II	Nr.	Handlung	III B	III A	II
		oder in Land- schaftsplänen festgesetzte Teiche	III B				Wasserschutz- zone III", Kompost aus Pflanzenkom- postierungs- anlagen (Grün- schnitt) oder aus der Eigen- kompostierung		
11.	Forstwirtschaft								
11.1	Umwandeln von Wald und forstwirtschaftlich genutzte Flächen in andere Nutzungsarten	G	G	V					
11.2	Aufbringen von Nährstoffträgern Ausnahme: Klärschlamm (s. Ziffer 16) und Kompost (s. Ziffer 17)	V Ausnahme: Anschub- düngung mit Mineraldünger und Festmist; forstwirtschaftliche Kompensations- düngung zur Ein- dämmung von Waldschäden im Rahmen ministerieller Vorgaben	V Ausnahme: wie Zone III B	V	17.2	Auftrag auf forstwirtschaftlich genutzte Flächen	V G: forstwirt- schaftliche Rekultivie- rungsmaß- nahmen	V G: wie Zone III B	V
11.3	Errichten von Holzlagerplätzen mit Beregnung oder bei Verwendung von Behandlungsmitteln (Insektizide, Fungizide)	G	G	V	17.3	Auftrag zur Rekultivierung im Landschaftsbau	G	G	V
12.	Friedhöfe Ausnahme: Friedwald				18.	Landwirtschaft, Gartenbau			
12.1	Neuanlagen	V	V	V	18.1	Umbrechen oder Umwandeln von Dauergrünland zur Nutzungsänderung Ausnahme:	V Ausnahme: § 10 der VO, Ziffer 6	V	V
12.2	Erweitern	G	G	V	18.2	Festmistlagerung			
13.	Gartenanlagen (Klein-) im Sinne des Bundeskleingartengesetzes sowie Grabeland Neuanlagen	G	V	V	18.2.1	auf unbefestigter Fläche in der Feldflur	V Ausnahme: Lagerung bis zu einen Monat	V Ausnahme: Lagerung bis zu einen Monat	V
14.	Golfportanlagen Neuanlagen	G	V	V	18.2.2	Auf undurchlässiger Bodenabdichtung wenn sichergestellt ist, dass anfallende Sickersäfte und damit verunreinigtes Niederschlagswasser sicher zurück gehalten werden können	---	---	---
15.	Grundwasserbenutzung Grundwasserentnahmen	G	G	V	18.2.3	Trockener Schweine-, Pferde-, Rindvieh- und Putenmist sowie Geflügelkot, der gegen das Eindringen von Niederschlagswasser gesichert wird	---	---	---
15.1	Trink- und Betriebswasser- nutzung	Ausnahme: Grundwasser- entnahmen zur erlaubnis- freien Gewässer- benutzung	Ausnahme: wie Zone III B		18.3	Freilandtierhaltung	V Ausnahme: Tierhaltung auf Grün- landflächen ohne groß- flächige Verletzung der Grasnarbe sowie kurz- fristige Tier- haltung auf Ackerflächen zur Abweidung von Zwischenfrüchten	V Ausnahme: wie Zone III B	V Aus- nahme: wie Zone III B
15.2	Absenken, Aufstauen und Umleiten von Grundwasser	G Ausnahme: Erlaubnis- freie Gewässer- benutzung	G Ausnahme: Erlaubnis- freie Gewässer- benutzung	V	18.4	Anlagen zum Sammeln, Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Gärreste und Silagesickersäften			
16.	Klärschlamm Auftrag auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gartenbaulich genutzte Flächen sowie Auftrag zur Rekultivierung im Landschaftsbau	V	V	V	18.4.1	Errichten, Erweitern oder Ändern stationärer Anlagen	G	G	V
17.	Kompost				18.4.2	Aufstellen und Betreiben mobiler Anlagen für Jauche, Gülle, Gärreste, Silagesäfte und Dungstoffe	V Ausnahme: Umschlagen in geeigneten dichten	V Ausnahme: Umschlagen in geeigneten dichten	V
17.1.	Auftrag auf landwirtschaftlich, oder gartenbaulich genutzte Flächen (auch Haus- und Kleingärten)	G Ausnahme: Güte- gesicherter Kompost einschl. Press- wasser mit RAL-Gütezeichen "geeignet für	G Ausnahme: wie Zone III B	V					

Nr.	Handlung	III B	III A	II	Nr.	Handlung	III B	III A	II
		Contai- nern für den Zeit- raum der Ausbringung	Contai- nern für den Zeit- raum der Ausbringung			Düngern tierischer oder pflanz- licher Herkunft pro Jahr auf landwirtschaftlichen oder erwerbs- gärtnerischen Nutzflächen	V	V	V
18.5	Nährstoffträger außer Klärschlamm, Kompost sowie Gärreste aus Co-Fermenter-Anlagen				18.5.3	Ausbringen auf öffentlichen Flächen und Sportanlagen	V	V	V
18.5.1	Ausbringen auf landwirtschaft- lich oder für die gartenbauliche Erzeugung genutzte Flächen	V	V	V			Ausnahme: Düngung nach § 6 Abs. 1-3	Ausnahme: wie Zone IIIB	
		Ausnahme: - Düngung nach § 6	Ausnahme: wie Zone IIIB	Aus- nahme: wie Zone IIIB, je- doch nur mit mine- ralischem Dünger	18.5.4	Ausbringen auf sonstigen Flächen (z.B. Haus- und Kleingärten)	V	V	V
		Die Ausnahme gilt nicht für Grünland in der Zeit vom 01.November bis zum 31. Jan.					Ausnahme: Grund- wasser- schonende Düngung (Kleinst- mengen)	Ausnahme: wie Zone IIIB	
		Die Ausnahme gilt nicht bei Ackerland in der Zeit von der Ernte der letzten Haupt- frucht bis zum Ablauf des 31. Januar des Folgejahres. Der Zeitraum verlängert sich bei einer Früh- jahrsbestellung um einen Monat. Der Verbotszeitraum beginnt erst am 01. Oktober, wenn nach der Ernte der letzten Hauptfrucht eine Zwischenfrucht, Wintergerste oder Winterraps angebaut wird und für diese ein Düngebedarf nach- gewiesen wird.			18.5.5	Ausbringen auf forstwirtschaft- lich genutzte Flächen; Auftrag zur Rekultivierung im Land- schaftsbaubau	V	V	V
		Bei Wintergerste ist der Nachweis z. B mit Hilfe einer schlag- bezogenen und für das Kooperations- gebiet repräsentativen N _{min} -Probe zu doku- mentieren. Ein N-Dünge- bedarf besteht nur, wenn der frühestens 14 Tage vor der Aussaat gemessene N _{min} -Wert zzgl. der anschließend noch zu erwartenden N-Freisetzung des Bodens und der Ernte- rückstände unter dem herbstlichen N-Bedarf liegt.			18.6	Gärrest aus Co-Fermenter-Anlagen Ausbringen auf landwirtschaft- lich, gartenbaulich- oder forst- wirtschaftlich genutzten Flä- chen, Auftrag zur Rekultivie- rung im Landschaftsbau	V	V	V
		(von dieser Zeitenregelung ist Festmist ohne Geflügel- kot ausgenommen)			18.7	Pflanzenschutzmittel			
18.5.2	Zuführen auf jeden Einzel- schlag von mehr als 170 kg/ha Stickstoff aus organischen				18.7.1	Anwendung auf Freilandflä- chen, soweit diese landwirt- oder forstwirtschaftlich bzw. gärtnerisch genutzt werden	V	V	V
							Ausnahme: Ausbringung nach § 7	Ausnahme: wie Zone IIIB	Aus- nahme: wie Zone IIIB
					18.7.2	Anwendung auf anderen Frei- landflächen, insbesondere öf- fentliche Verkehrsflächen	V	V	V
							G: soweit Gründe der Verkehrs- und Betriebs- sicherheit, der Funktions- fähigkeit des Korrosions-, Brand- oder Explosions- schutzes baulicher Anlagen oder gelagerter Materialien, der militä- rischen Sicherheit die Anwendung erfordern	Ausnahme: wie Zone IIIB	
					18.7.3	Anwendung in Haus- und Klein- gärten auf kleingärtnerisch genutzten Flächen	V	V	V
							Ausnahme: gekenn- zeichnet mit der An- gabe: "An- wendung im	Ausnahme: wie Zone IIIB	

Nr.	Handlung	III B	III A	II
		Haus- und Kleingartenbereich zulässig".		
18.7.4	Ausbringen aus Luftfahrzeugen	V	V	V
18.7.5	Reinigen von Geräten zur Anwendung von PSM auf Flächen, von denen abfließendes Wasser unmittelbar in ein Oberflächengewässer gelangen oder in das Grundwasser versickern kann.	V	V	V
18.8	Silagen, Silagemieten (Feldmieten) Anlegen	V Ausnahme: Ballen- und Schlauchsilagen in Schutzfolien oder aus vergleichbaren Silier-	V Ausnahme: wie Zone IIIB	V
18.9	Silagesilos Errichten von Hoch- und Fahrsilos	G	G	V
19.	Motorsport Motorsportanlagen und -veranstaltungen	V	V	V
20.	Recycling- und Boden-Materialien			
20.1	Einsatz mineralischer Stoffe mit auslaugbaren oder auswaschbaren Anteilen, insbes. aus industriellen Prozessen oder aus Bautätigkeiten im Erd- und Straßenbau	V	V	V
20.2	Verwertung von güteüberwachten RCL-Material im Erd- und Straßenbau	G	G	V
20.3	Verwertung von güteüberwachten mineralischen Stoffen im Erd- und Straßenbau	G	G	V
20.4	Verwertung von Bodenmaterial zur Herstellung einer natürlichen oder einer technischen Funktion	G	G	V
21.	Rohrleitungen zum Transport von wassergefährdenden Stoffen außerhalb eines Werksgeländes Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	G	V	V
22.	Schießstände im Freien Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	G V: Tontaubenschießstätten	G V: Tontaubenschießstätten	V
23.	Sprengungen Ausnahme: Sprengungen zur Brunnenregenerierung	---	---	V
24.	Transformatoren mit flüssigen, wassergefährdenden Kühl- und Isoliermitteln die nicht den Bestimmungen des § 62 WHG, einschl. dazu erlassener Rechtsverordnungen unterliegen	V	V	V

Nr.	Handlung	III B	III A	II
25.	Streitkräfte, Militär Übungen außerhalb von Standort- und militärischen Truppenübungsplätzen sowie Übungen des Zivilschutzes	---	G	V
			Ausnahme: Durchfahren auf klassifizierten Straßen	Ausnahme: Durchfahren auf klassifizierten Straßen
26.	Verkehrsanlagen			
26.1	Öffentliche Straßen und Wege Errichten, Erweitern oder wesentliches Ändern	G Ausnahme: Unterhaltungsmaßnahmen	G Ausnahme: Unterhaltungsmaßnahmen	G Ausnahme: Unterhaltungsmaßnahmen
26.2	Rastanlagen, Park- und Stellplätze für mehr als 10 Kfz Errichten, Erweitern oder wesentliches Ändern	---	G	V
26.3	Gleisanlagen, Personen-Rangier- und Güterbahnhöfe Errichten, Erweitern oder wesentliches Ändern	G	G	V
27.	Wärmepumpen zur Nutzung von Erdwärme und/oder Grundwasser Errichten, Erweitern oder wesentliches Ändern			
27.1	Wärmepumpenanlagen mit Förder- und Schluckbrunnen	G	V	V
27.2	Wärmepumpenanlagen mit Erdwärmesonden	G	V	V
27.3	Wärmepumpenanlagen mit Erdwärmekollektoren ohne wassergefährdende Stoffe und Erhalt der Deckschichten	G	G	V
27.4	Wärmepumpenanlagen als Direktverdampferanlagen	V	V	V
28.	Windenergieanlagen Errichten, Erweitern oder wesentliches Ändern	---	G	V

Diese Anlage A ist Bestandteil der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für den Einzugsbereich der Wassergewinnungsanlagen Hedem des Wasserbeschaffungsverbandes Kreis Herford-West und Harlinghausen der Stadt Preußisch-Oldendorf

- Wasserschutzgebietsverordnung Pr. Oldendorf - Hedem - Harlinghausen vom 17.12.2015 -

Az: 54.04.04_70_3716-04

Bezirksregierung Detmold
i. V. Berghahn

(Karte Seite 85)


Anlage zur
 ordnungsbehördlichen
 Verordnung zur
 Festsetzung des
 Wasserschutzgebietes
 Preußisch Oldendorf
 Hedem-Harlinghausen
 vom 17.12.2015


Legende


 Gemeinden


WSG Hedem-Harlinghausen

Schutzzonen

 Zone 1

 Zone 2

 Zone 3A

 Zone 3B

Geobasisdaten der Kommunen
 und des Landes NRW
 © Geobasis NRW 2015

 Bezirksregierung Detmold
Übersichtskarte Wasserschutzgebiet Hedem-Harlinghausen
In Vertretung gez. Berghahn
Datum: 17.12.2015 Maßstab: 1 : 50.000 (Maßstab verkleinert)

